



# Barthle-Brief

Nr. 28

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

24.4.2015

Thema der Woche:

## **Flüchtlingsschicksal bewegt Abgeordnete** **Bundestag gedenkt der Opfer von Schlepperbanden**

Nach Meldungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sind in der Nacht zum Sonntag bis zu 800 Menschen vor der Küste Italiens in Seenot geraten und bei der Flucht aus Libyen im Mittelmeer ertrunken. Mit einer Schweigeminute hat der Deutsche Bundestag an diesem Mittwoch dieser Flüchtlinge gedacht. In einer kurzfristig anberaumten Debatte zeigten sich Redner aller Fraktionen erschüttert über die Flüchtlingskatastrophe. „Migration darf keine Frage von Leben und Tod werden“, mahnte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Der CDU-Politiker sprach sich für eine verbesserte Seenotrettung, für die konsequente Bekämpfung der Schleuserkriminalität und für eine Stabilisierung der Herkunftsländer aus. Die Flüchtlinge, die in Europa ankommen, müssten fair und geordnet auf die EU-Mitgliedsländer verteilt werden, forderte er.

Immer häufiger versuchen Menschen aus afrikanischen Ländern, meist von Libyen aus, in seeuntauglichen Booten übers Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Dabei werden sie oft Opfer von Schleusern, die mit dem Menschenhandel ein Milliardengeschäft betreiben, sich um die Sicherheit der Flüchtlinge allerdings nicht scheren. Die Katastrophe vom Wochenende war lediglich der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich seit Jahren abzeichnet.

Die Europäische Union berät am Donnerstag auf einem Krisengipfel über geeignete Maßnahmen, um auf die Situation zu reagieren. Die EU-Außenminister hatten bereits am Montag einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt. „Es gibt keine einfachen Antworten, es gibt keine schnellen Lösungen“, betonte de Maizière im Plenum des Deutschen Bundestages mit Blick auf den Plan. An erster Stelle stehe die Verbes-

serung der Seenotrettung. Bislang stehe eine Verdopplung der Mittel zur Debatte, aber vielleicht sei auch eine Verdreifachung nötig. Er stellte auch Hilfe für die Staaten in Aussicht, an deren Küsten die Flüchtlinge landen, vor allem Italien und Griechenland. Was die Schleuserbanden angeht, so geht es dem Minister zufolge darum, deren Infrastruktur zu beschädigen, damit sie nicht immer wieder aufs Neue Menschen in Gefahr bringen könnten.

Auch die Vorsitzende der AG Menschenrechte der Unionsfraktion, Erika Steinbach, forderte, den „skrupellosen Schleppern, denen Menschenleben gar nichts bedeuten, das Handwerk zu legen“. Menschenschmuggel ist inzwischen eine der lukrativsten Einnahmequellen der organisierten Kriminalität. Als wichtigen Punkt nannten die Redner der Unionsfraktion auch die Stabilisierung der afrikanischen Herkunftsländer. Denn diese könnten kein Interesse daran haben, dass ihnen die Mittelschicht weglaufe. Man müsse das Problem an der Wurzel packen, sagte Erika Steinbach. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Friedrich betonte: „Es muss nach Afrika die klare Botschaft ausgesendet werden, dass diese Menschen nicht alle in Europa unterkommen können“. Gerade die Stärksten und gut Ausgebildeten würden in ihren Ländern gebraucht.

Zu einem europäischen Gesamtkonzept gehört den Unionspolitikern zufolge eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge in Europa. Es könne nicht angehen, dass von 28 EU-Staaten nur zehn tatsächlich Asylsuchende aufnehmen. Friedrich forderte die EU auf, eine europäische Flüchtlingskonferenz einzuberufen. Europa müsse in seiner Gesamtheit Verantwortung übernehmen.

Erika Steinbach warnte davor, die Grenzen Europas für die Flüchtlinge komplett zu öffnen. Das würde die EU-Staaten überfordern. Die Akzeptanz bei den Bürgern würde schwinden, befürchtet sie. „Die neue Flüchtlingstragödie im Mittelmeer macht deutlich, dass dringend neue Lösungsansätze gefunden werden müssen. Wir brauchen nicht nur eine gemeinsame europäische Strategie, sondern auch eine bessere Verzahnung der Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik in und zwischen den EU-Mitgliedstaaten ebenso wie mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Hier sind auch die Länder der Afrikanischen Union und die wohlhabenden Golfstaaten gefordert, sich deutlich stärker als bisher zu engagieren.“ Den Vorschlag von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, ein EU-Sofortprogramm für die Finanzierung eines Wirtschafts- und Stabilisierungsprogramms in den Fluchtländern ins Leben zu rufen, bezeichnete Steinbach als einen wichtigen Ansatz, „um Fluchtursachen zu minimieren.“

ten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️

### Gedenken an Massaker an den Armeniern

Der Deutsche Bundestag erinnerte an diesem Freitag an die Vertreibungen von und Massaker an Armeniern vor hundert Jahren. Er „beklagt die Taten der damaligen türkischen Regierung, die zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich geführt haben. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen von Deportationen und Massakern betroffen“, heißt es in dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD.

In dem Antrag heißt es weiter: „Im Auftrag des damaligen jungtürkischen Regimes habe am 24. April 1915 im osmanischen Konstantinopel die planmäßige Vertreibung und Vernichtung von über einer Million ethnischer Armenier begonnen.“ Ihr Schicksal stehe beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert „auf so schreckliche Weise“ gezeichnet sei. „Dabei wissen wir um die Einzigar-

tigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt“, so die Koalitionsfraktionen.

Das Deutsche Reich sei als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reichs tief in die Vorgänge involviert gewesen, schreiben die Abgeordneten. Sowohl die politische als auch die militärische Führung des Deutschen Reichs seien von Anfang an über die Verfolgung und Ermordung der Armenier informiert gewesen. Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung auf, die türkische Seite zu ermutigen, sich mit den damaligen Ereignissen offen auseinanderzusetzen, um damit „den notwendigen Grundstein zu einer Versöhnung mit dem armenischen Volk“ zu legen. Auch solle sich die Regierung weiterhin dafür einsetzen, dass zwischen Türken und Armeniern durch die Aufarbeitung von Vergangenheit Annäherung, Versöhnung und Verzeihen historischer Schuld erreicht wird. Türkische und armenische Regierungsvertreter sollten ferner ermutigt werden, den derzeit stagnierenden Normalisierungsprozess der zwischenstaatlichen Beziehungen beider Länder fortzuführen.

### Kommunale Investitionen werden gefördert

Mit dem in dieser Sitzungswoche erstmals beratenen Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 legt die Koalition die Verteilung eines 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen fest. Damit wird der Weg für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018 freigemacht.

Besonders erfreulich: Für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur sind 4,35 Milliarden Euro vorgesehen, knapp 700 Millionen Euro für die Steigerung der Energieeffizienz und 450 Millionen Euro für die Nationale Klimaschutzinitiative. Für den Hochwasserschutz sind 300 Millionen Euro eingeplant. Bei den weiteren Maßnahmen wird ebenfalls der Fokus auf die Bereiche Infrastruktur, Energie und Umwelt gelegt, damit neues langfristiges Wachstum entsteht und Deutschland zukunftsfest gemacht wird.

Überdies werden speziell die finanzschwachen Kommunen gestärkt, indem für die Jahre

2015 bis 2018 das Sondervermögen „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“ eingerichtet und mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet wird. Mit diesen Finanzhilfen für kommunale Investitionen leistet die Koalition einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts- und Investitionskraft im Bundesgebiet. In 2015 und 2016 wird der Bund zudem die Länder und ihre Kommunen mit jährlich 500 Millionen Euro unterstützen, um die Aufnahme und Unterbringung der zunehmenden Anzahl an Asylbewerbern zu bewältigen.

Aber damit haben sich die neuen Bundeshilfen immer noch nicht erschöpft: Die bislang für 2017 vorgesehene weitere Entlastung der Kommunen von einer Milliarde Euro soll um 1,5 auf dann 2,5 Milliarden Euro aufgestockt werden. Unter dem Strich stellt der Bund damit von 2015 bis 2018 nicht weniger als sechs Milliarden Euro mehr bereit als bislang geplant. Die verschiedenen Arten von Mehrausgaben sind stets so bemessen, dass der Entwurf des Nachtragshaushalts ohne neue Schulden auskommt. Die neuen Spielräume beruhen auf fortgesetzter Haushaltsdisziplin, gesunkenen Zinsausgaben, Bundesbankgewinnen und Steuermehreinnahmen. Auch weiterhin steht die unionsgeführte Koalition also für die Umsetzung ihres zentralen Versprechens – dem ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen.

### Zitat

«Ich glaube, dass in der Tat ein Aspekt sehr problematisch ist, dass offensichtlich ein Teil der jungen Generation dort (...) keine Lebensperspektive mehr für sich sieht.»

*(CDU-Generalsekretär Peter Tauber am Montag in Berlin zu Flüchtlingen aus afrikanischen Staaten und der neuerlichen Katastrophe durch das Kentern eines Flüchtlingsschiffes im Mittelmeer)*